



Kommunale Wärmeplanung: Sicherheit und Transparenz sind entscheidend

Im Bundestag findet heute die erste Lesung des Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze statt. Der GIH, Deutschlands größter Verband für Energieberatende, unterstützt die Pläne der Bundesregierung, weist jedoch darauf hin, dass für die praktische Umsetzung möglichst schnelle Bekanntgaben und eine hohe Transparenz vonnöten sind. Dazu erklärt der Bundesvorsitzende Stefan Bolln:

„Eine zentrale Idee der kommunalen Wärmeplanung ist es, verlässliche und kalkulierbare Voraussetzungen für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, die vor einem Heizungstausch stehen. Damit sich diese Idee voll entfalten kann, sind Sicherheit und Transparenz entscheidend. Da viele Hausbesitzende auf das Ergebnis vor Ort warten werden, wäre es wichtig, dass Kommunen, in denen es aller Voraussicht nach weder Wärme- noch Wasserstoffnetze geben wird, ihre Planungsergebnisse nicht erst zum letztmöglichen Termin bekanntgeben. Vor diesem Hintergrund sollte der Gesetzgeber auch über unbürokratische Ausnahmen für zersiedelte und kleine ländliche Kommunen mit personell knapp aufgestellten Planungsabteilungen nachdenken. Um als Energieberatende Entscheidungsprozesse kompetent begleiten zu können, wünschen wir uns zudem ein bundesweites, digitales, einheitliches und transparentes Wärmeplanungsregister.

Die Transparenz spielt aber auch auf der Kostenseite eine tragende Rolle: Wenn sich die Preise für eine Kilowattstunde Fernwärme wie kolportiert zwischen 7 und 25 Cent bewegen, ist sinnvoller Rat kaum möglich. Die Bundesregierung sollte daher unbedingt Verbraucherschutzmaßnahmen aufsetzen, die dafür sorgen, dass die Kosten für Fernwärme nur innerhalb eines kalkulierbaren Rahmens schwanken.